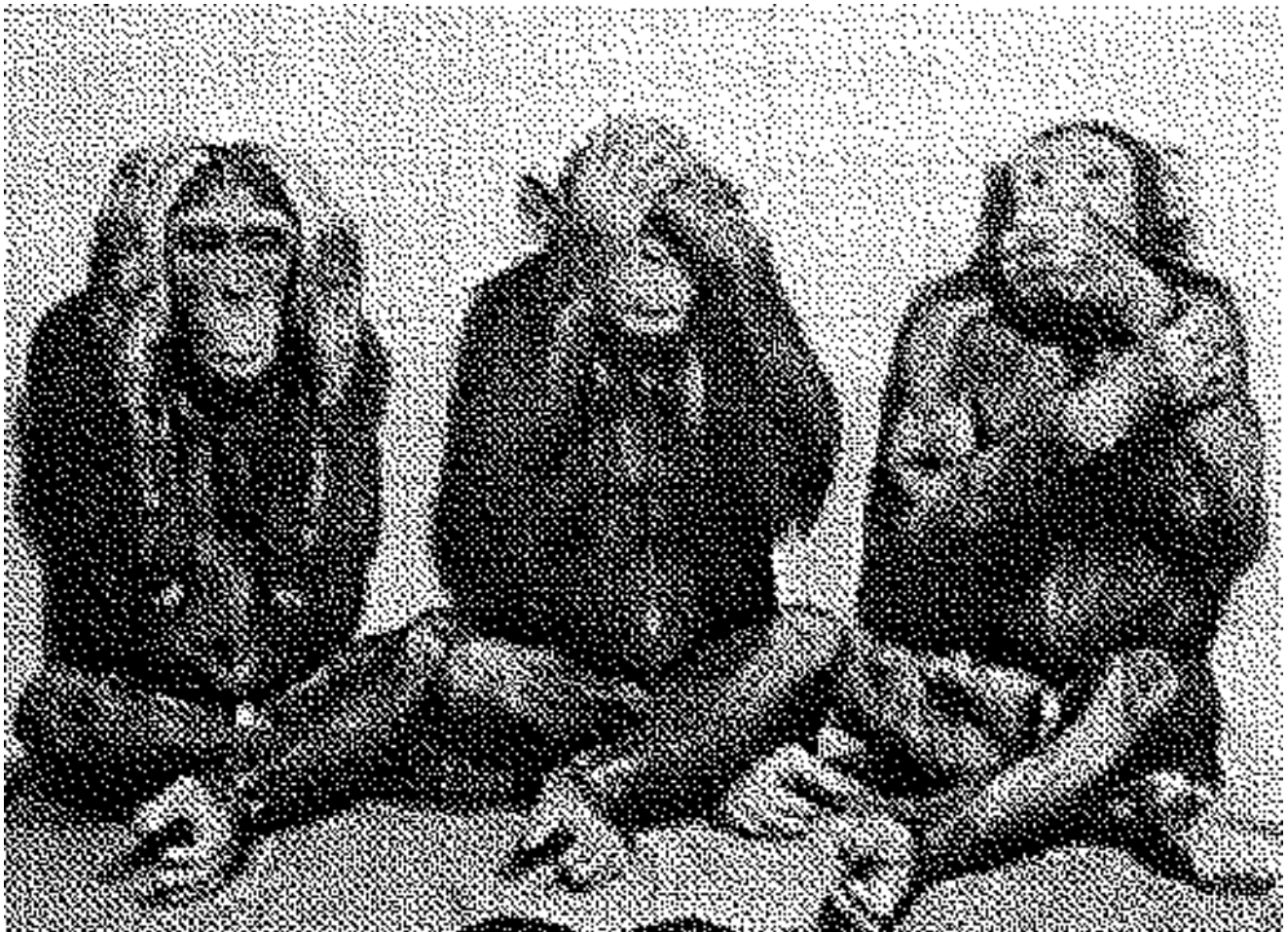


NU

NEWS ÜBER UNS

Ausgabe 1 / Mai 2000 / Ijar 5760



Editorial

NU ist mit dem Anspruch angetreten, wichtige Informationen an die Gemeindemitglieder weiterzugeben und eine Diskussion in Gang zu bringen. Schon die Null-Nummer von NU hat viel Staub aufgewirbelt. Wir haben uns über das große Echo gefreut, das unsere Zeitung ausgelöst hat.

Allein die Tatsache, daß sich einige spontan bereit erklärt haben, sich an dem Diskussionsprozeß zu beteiligen, bestätigt einmal mehr, wie wichtig und notwendig eine Plattform wie NU ist.

NU füllt eine große Lücke. Etwas das bisher gefehlt hat: Ein Medium, das die Gemeindemitglieder über die tatsächlichen Vorgänge in der IKG informiert und weiters ein Diskussionsforum, das verschiedensten Meinungen zum Thema Judentum Platz bietet.

Auch kritische Stimmen, die derzeit kein Gehör finden - und das schon gar nicht im Mitteilungsblatt "Die Gemeinde" - oder Andersdenkende sollen zu Wort kommen können. Auch das war eine Vorgabe für die Gründung von NU.

Die Kern-Redaktion von NU besteht aus Johann Adler, Martin Engelberg, Erwin Javor, und zwei weiteren Personen.

Die Redaktion versteht sich aber hauptsächlich als Moderator von Diskussionen und einer Auseinandersetzung mit jüdischen Themen.

Vor ihnen liegt nun die erste Ausgabe von NU mit Beiträgen von Gerhard Bronner, Peter Menasse, Robert Liska und weiteren Autoren, die uns viele Denkanstöße liefern. Die darin geäußerten Meinungen müssen jedoch nicht mit jenen der Redaktion übereinstimmen.

Eine engagierte, offene und lebhaft diskussion sollte unser aller Anliegen sein.

Wie sieht eine Kultusgemeinde aus, von der sich die jüdische Gemeinschaft tatsächlich vertreten fühlt?

Wir freuen uns auf Ihre Leserbriefe und Kommentare!

Unsere Adresse:

**Arbeitsgemeinschaft jüdisches Forum,
Postfach 1479, 1011 Wien,
Ab sofort sind wir auch über Internet erreichbar:
www.nunu.at
e-mail: office@nunu.at**

Im Lager der Anständigen?

Es war im Jahre 1992, als der texanische Milliardär Ross Perot beschloß, für das Amt des amerikanischen Präsidenten zu kandidieren. Ein kleingewachsener Mann, welcher der englischen Sprache nur bedingt kundig war, dessen Horizont

nicht über Texas einerseits, und sein Bankkonto andererseits hinausreichte, dem es aber immerhin gelang, einen unerwartet hohen Prozentsatz der amerikanischen Wähler für sich einzunehmen.

Und das ist gut für die Juden?

Ein Bekannter erklärte mir, daß er für Perot zu stimmen gedenke. Also fragte ich ihn, was seine Beweggründe dafür wären. Seine Antwort war verblüffend: „Der Mann hat so viel Geld, der wird sicher imstande sein, die Wirtschaft des Landes zu sanieren!“

Mein Bekannter, offensichtlich von des Gedankens Blässe nicht sehr angekränkt, nahm also an, daß Mister Perot seine Milliarden dazu verwenden würde, den beträchtlichen Schuldenberg der USA aus seiner Tasche abzutragen - oder so ähnlich.

Was die stimmberechtigten Wähler der Wiener Kultusgemeinde dazu bewog, einen Realitätenmakler namens Muzicant zum Präsidenten zu wählen, weiß ich nicht, doch ich fürchte, daß es ähnliche Motive gewesen sein dürften, wie die des obenerwähnten Perot-Wählers. Sein Gedankenreichtum oder seine Eloquenz können es ganz sicher nicht gewesen sein.

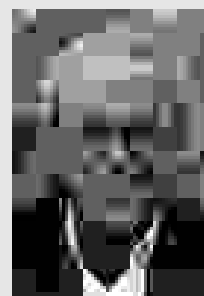
Wohl müssen wir ihm eine nicht zu übersehende Geschäftstüchtigkeit zuerkennen, aber diese dient weniger der Kultusgemeinde, als vielmehr seinem Realitätengeschäft. Die einzige Aktion, die er bis dato unternommen hat, um den erschreckend hohen Schuldenberg der IKG abzutragen, bestand darin, daß er

die Bundesregierung - die derzeit selbst kaum „Brot auf Hosen“ hat - aufforderte, sich an der Tilgung der Schulden zu beteiligen.

Das hätte ein weniger begüterter IKG-Präsident auch zusammengebracht.

Wirklichen Einfallsreichtum beweist er, wenn er als Chef der Firma "Columbus Immobilien" die Mietverträge im Haas-Haus vorzeitig kündigt, um eine höhere Rendite zu erzielen. Oder wenn er am Bau des größten Büroturms beteiligt ist, der in der Donaustadt errichtet wird. Die Grundsteinlegung war für den Präsidenten der Wiener Kultusgemeinde einer der größten Tage in seinem Leben. Nun hat er Mieter für 18.000 Quadratmeter zu finden. Wenn er diese finden sollte, wird das, laut eigenen Angaben, der zweitschönste Tag in seinem Leben.

Es erhebt sich nun die interessante Frage: wieviel Zeit läßt ihm die Mietersuche für sein Präsidentenamt? Und inwieweit gebraucht er seine „Präsidentenwürde“ um seinen Geschäften zu nützen? Anlässlich einer der vielen Diskussionen, an denen er - soweit es ihm seine Maklertätigkeiten erlauben - teilnimmt, sagte er einmal: „Ich will die Mehrheit der Österreicher ins Lager der Anständigen bringen.“



Sollte - wider Erwarten - dieses Vorhaben eines fernen Tages Wirklichkeit werden, bin ich nicht sicher, ob in diesem Lager der Anständigen auch der Realitätenmakler Ariel Muzicant zu finden sein wird.

Fazit: mir wäre ein Präsident lieber, der weniger in den Immobilien-Nachrichten aufscheint, dafür aber mehr am Image der Kultusgemeinde interessiert ist. Es kann nicht die Aufgabe dieses Mannes sein, den latenten oder existenten Antisemitismus dieses Landes ständig zu vermehren, so oft er seinen Mund aufmacht.

Gerhard Bronner

Die Jüdische Gemeinde und ihre Aufgaben: Ein Versuch

Die bekannte Reaktion der Tante Jolesch auf die Nachricht vom Umsturz eines Potentaten im fernen Südamerika - ob denn das gut für die Juden sei - kommt einem oft in den Sinn, wenn sich jüdische Organisationen und Organe zum aktuellen Tagesgeschehen laut stark zu Worte melden. In einer offenen und demokrati-

schen Gesellschaft ist es nun zweifellos legitim und auch erforderlich, daß Vertreter nationaler und internationaler jüdischer Interessensvertretungen, Korporationen und Vereinigungen ihre Meinung zu Themen weltanschaulicher Natur öffentlich kundtun.

Politische Plattform als reiner Selbstzweck ist fragwürdig

Die Stellungnahmen von Vertretern jüdischer Gemeinden zu tagespolitischen Themen in der breiten Öffentlichkeit erregen oft, innerhalb wie auch außerhalb dieser Gemeinden, hitzige Debatten über ihre Legitimität und Zweckmäßigkeit. Der Schlüssel zur Beurteilung dieser Frage liegt in der Motivation, dem aus ihr resultierenden Inhalt einer öffentlich getroffenen Aussage und in einem tieferen Verständnis der essentiellen Aufgaben und der Raison d'Être der Jüdischen Gemeinde.

Die Existenz der Jüdischen Gemeinde geht auf talmudische Zeiten zurück. Ihre Organisationsformen variierten sowohl in Babylon als auch in Palästina, doch trotz ihrer Vielfältigkeit auch in ihrer Hochblüte während des Mittelalters, wo die Wurzeln der neuzeitlichen Gemeinde zu finden sind, reichten ihre wesentlichen Merkmale auf die schon im Talmud angeführten Aufgabenstellungen zurück.

Diese erstreckten sich von der Gewährleistung des Gottesdienstes, des Unterrichts

und der Befriedigung der kulturellen und rituellen Bedürfnisse bis hin zu den sozialen Aufgaben, wie der Speisung von Bedürftigen, dem Betreuen Kranker, der Aufnahme von Fremden und dem Begraben der angehörigenlosen Verstorbenen. Hinzu kamen personenstandsrechtliche, marktrechtliche Aufgaben, wie die Überwachung von Maßen und Gewichten und die Gerichtsbarkeit bei Streitigkeiten zwischen Juden, sowie in manchen Gemeinden zeitweise sogar die strafrechtliche Gerichtsbarkeit.

Die den jüdischen Gemeinden während langer Perioden gewährte Eigenständigkeit erlaubte ihnen gemäß ihrer alter Traditionen zu leben, die darauf beruhten, daß nicht nur rituelle und kultische Gebote zur Halacha zählten, sondern, ebenso gleichberechtigt, das korrekte Handeln untereinander wie auch mit nichtjüdischen Geschäftspartnern. Auch die internen Organisationsformen dieser Gemeinden waren von alten Traditionen bestimmt, die die Wahl von Vorstehern, "Parnassim", "Tovim", und "Gabaim", nach statutarisch festgesetzten Regeln vorsahen.



Zu den vornehmlichen Aufgaben dieser "Funktionäre" zählte auch immer die Vertretung der Gemeinde nach außen. Hauptanliegen solcher Interventionen waren die Abwendung negativer Dekrete der jeweiligen Machthaber und die Sicherstellung weitestgehender Unabhängigkeit in ihren internen Funktionen.

Diese zum Teil oben angeführten Aufgaben fußten auf den "Drei Säulen" der Jüdischen Überlieferung "Torah, Avodah, Gemilut Chassadim". Torah - das Erziehungswesen,

das Lehren und Lernen, vom Kindergarten bis zur vollendeten Ausbildung von Rabbinern und Lehrern, die die Tradition wieder weitergeben konnten, Avodah - der Gottesdienst, Ritus, Kaschruth, Mikvaot, die Regelung des Familienlebens von der Geburt bis zum Tod, und schließlich Gemilut Chassadim - die sozialen Verpflichtungen gegenüber Armen, Kranken, Witwen, Waisen, den Verstorbenen und deren Hinterbliebenen.

Das intakte Funktionieren dieses unabhängigen Gemeindewesens sorgte stets auch für die fruchtbringende Stellung der Gemeinden innerhalb der allgemeinen Gesellschaft und gipfelte in der kulturellen Hochblüte jüdischen Lebens in ganz Europa. Erst im auslaufenden achtzehnten Jahrhundert erfuhr diese relative Unabhängigkeit ihre Regelung durch gesetzliche Einflußnahme mancher Herrscher Europas, zunächst in Frankreich, dann auch in Österreich und Teilen Deutschlands.

Napoleon diktierte die Organisationsform der Gemeinden in seinem Einflußbereich mit seinem straff organisierten "Consistoire", und das Israelitengesetz schaffte in Österreich eine offizielle Ein-

heitsgemeinde mit streng kontrollierten Regeln als allein anerkannte jüdische Religionsgemeinschaft. Nur in einigen Gegenden des Alten Österreichs, wie im Burgenland (Scheva Kehilot) erhielt sich die integrale Unabhängigkeit der Gemeinden.

Das enge Korsett, das der "Kultusgemeinde" den quasi-Charakter eines Regierungsamtes auferlegte, zwang die besonders in der Hauptstadt Wien größtenteils heterogenen, weil aus den verschiedensten Gegenden des Reichs zugezogenen Subgemeinden zur Anpassung an die Vertretungsansprüche der etablierten Gemeindevertreter.

Dieses Israelitengesetz hat, mit wenigen Veränderungen, in Wien bis heute seine Gültigkeit beibehalten, während sich in Ländern mit ausgeprägter Trennung von Religion und Staat der freie Wettbewerb der Ideen und Konfessionen durchsetzen konnte und dort zu einer weitgehenden Vielfalt, aber auch Unabhängigkeit, des Gemeindelebens geführt hat. Die USA und England sind gute Beispiele, aber auch in Frankreich existiert heute das "Consistoire" neben anderen Gemeindeor-

ganisationen auf freiwilliger Basis. Die Erfüllung der eigentlichen Aufgaben der jüdischen Gemeinde zur Zufriedenheit ihrer Mitglieder und im Einklang mit ihrer jüdischen Umwelt steht daher in direktem Verhältnis zum Ausmaß ihrer Unabhängigkeit und dem demokratischen Umfeld, in dem sie sich entwickelt, welches wiederum nicht zuletzt von Trennung von Staat und Religion abhängig ist.

Ziel und Stoßrichtung von Gemeindevertretern der heutigen Zeit in ihrer Arbeit nach außen sollte von diesem Anspruch gekennzeichnet sein - in dem Bewußtsein, daß es stets darum gehen muß, die Rahmenbedingung zu schaffen oder zu erhalten, die ihnen erlauben, auf den "Drei Säulen" unserer Tradition aufzubauen. Jeder Vorstoß nach außen, der diesem Vorsatz gerecht wird, kann daher nur begrüßt werden, wogegen jede politische Plattform als reiner Selbstzweck, sowohl in seiner Zielsetzung als auch in seinen Auswirkungen, fragwürdig erscheint.

Robert Liska



www.nunu.at

Sie können uns schreiben!

office@nunu.at



Druckerei Schmitz

Layout - Belichtungsservice - Druck

LeystraÙe 43 1200 Wien
Tel.: 01/330 340 330, Fax: 01/330 340 340
isdn: 01/330 340 320, e-mail: schmitz@vienna.at

Nu, und wer ist jetzt eigentlich ein Jude?

Achtung Außenseiter!

Ein Wesensmerkmal entwickelter Demokratien besteht in der Trennung von Staat und Kirche. Die Kultusgemeinde ist, so gesehen, ein vordemokratisches Relikt. Für Juden, die ihr aus diesem Grund nicht beitreten wollen, entsteht ein Dilemma: Sie werden von der IKG ver-

treten, ob es ihnen paßt oder nicht. Daß die IKG wegen ihrer Schulden nun just in die Abhängigkeit einer Regierung gerät, die wegen der rassistischen Haltung von Teilen ihrer Parteigänger abzulehnen nachgerade Bürgerpflicht ist, steht damit zwar nicht in einem unmittelbaren Zusammenhang, ist aber dennoch einigermaßen irritierend.

Die Kultusgemeinde ist eine vordemokratische Fehlkonstruktion

Ein einziges Mal in meinem bisherigen Leben habe ich es bedauert, als Jude nicht Mitglied der Kultusgemeinde zu sein. Ich hatte, anläßlich eines Interviews, den damaligen Präsidenten Paul Grosz gefragt, wie viele Juden es denn in Wien gäbe. Er schaute mich ein wenig traurig an und sagte: "Etwa achttausend innerhalb der Gemeinde und noch einmal so viel, die es vorziehen, außerhalb zu bleiben". Nu, der Tonfall war ganz schön vorwurfsvoll, und ich verspürte sogleich echt wienerisch-jüdische Schuldgefühle. Aber selbst dem sympathischen alten Herrn zuliebe war ich nicht bereit, der Kultusgemeinde beizutreten. Ich halte sie nämlich für eine komplette Fehlkonstruktion.

Ein wichtiges Wesensmerkmal entwickelter Demokratien und ihrer Institutionen ist die Trennung von Kirche und Staat. Während auf Gottesglauben aufgebaute Organisationen immer ein grundsätzlich hierarchisches, auf unveränderlichen Regeln basierendes System darstellen, ist der demokratische Staat und seine Institutionen durch den Willen der Mehrheit veränderbar und gestaltbar. Damit soll nicht gegen die Kirchen und Religionsge-

meinschaften argumentiert, sondern nur erläutert sein, was sie vom Staat unterscheidet.

Gäbe es zwei Institutionen für Juden, eine Religionsgemeinschaft einerseits und eine politische Interessensvertretung andererseits, würde ich vermutlich der letzteren beitreten, um mitreden und mitgestalten zu können. Als nicht Gottgläubiger finde ich keinen Platz in der Kultusgemeinde in ihrer heutigen Form.

Das schafft einigermaßen Probleme, denn das Vertretungsmonopol der Kultusgemeinde ist von zwei Seiten her determiniert. Ihre Würdenträger verstehen sich als alleinige Repräsentanz der Juden, und die staatlichen österreichischen Stellen weisen ihr diese Position gleichermaßen zu. Damit haben alle jene, die aus welchen Gründen auch immer, nicht Mitglied der Gemeinde sind, keinerlei formale Möglichkeit, ihre Meinungen als Juden durchzusetzen.

Hier müßte jetzt folgerichtig eine Diskussion darüber entstehen, wer sich denn überhaupt als Jude bezeichnen darf. Sind es nur jene, die in der Kultusgemeinde organisiert



sind? Dagegen sprechen die halachischen Gesetze, denen zufolge die jüdische Mutter identitätsstiftend ist. Was mir im übrigen das Problem bereitete, daß meine Kinder - im Gegensatz zu mir - nicht ohne weiteres in die Gemeinde eintreten dürften, was ich als liebender Vater nicht wirklich akzeptieren kann. Und müssen wir nicht, so abscheulich das auch klingen mag, die "Nürnberger Rassengesetze" beachten? Schließlich würden an die Macht gelangende Nazis uns auch diesmal nicht fragen, ob uns ihre rassistischen Regeln gefallen oder nicht.

Ich jedenfalls nehme für mich in Anspruch, Jude zu sein, positiv definiert, weil meine Familie sich als jüdische versteht, aber auch, weil die Emigrationsgeschichte meiner Eltern und das Schicksal meiner ermordeten Verwandten eine historische Verpflichtung geschaffen haben. Diese Verpflichtung verstehe ich als politische Aufgabe, die darin besteht, gegen jeden Rassismus, gegen Fremdenfeindlichkeit, aber auch gegen die ökonomische Deklassierung von Teilen der Gesellschaft aufzutreten.

Ich stehe jetzt vor dem Dilemma, daß die Kultusgemeinde, ein von der Konstruktion her vordemokratisches System, beansprucht, mich

in dieser, meiner jüdischen Identität zu vertreten. Eine Organisation, die, wie sich jetzt zeigt - und was nichts mit der Art ihrer Konstruktion zu tun hat, über viele Jahre hindurch hunderte Millionen Schilling an Schulden aufgebaut hat, womit sie in eine tiefe Abhängigkeit vom österreichischen Staat geraten ist, just in einem historischen Moment, wo dieser von einer rassistischen und fremdenfeindlichen Partei mitrepräsentiert wird.

Wenn der Präsident der IKG dann etwa in der Frage der Klageberechtigung durch amerikanische Anwälte lammfromm die überhebliche Position der Regierung ein-

nimmt, empört mich das doppelt. Einmal weil ich es für falsch halte, Menschen, denen Unrecht geschehen ist, vorzuschreiben, wie sie ihre Angelegenheiten regeln wollen, und zum zweiten, weil ich den Verdacht haben muß, daß hier Einer Staatsräson predigt und Finanzausgleich meint.

"Meine" jüdische Institution wäre eine politische Interessensvertretung, die ihr ganzes moralisches Gewicht in die Waagschale wirft, um Unrecht an Menschen zu bekämpfen, unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht, sexuellen Neigungen und Hautfarbe.

Peter Menasse

Kommentar:

Über die Möglichkeiten jüdischer Kulturarbeit in der IKG

Jüdische Kultur, das sind nicht nur die leicht zu veranschaulichen und populären Sparten wie Musik, Tanz, Theater und Literatur. Jüdische Kultur, das ist

auch die Auseinandersetzung mit dem Judentum in allen seinen Facetten, mit der jüdischen Geschichte und Gegenwart.

Eine Vision und Standortbestimmung

Als 1980 das Gemeindezentrum in der Seitenstettengasse eröffnet wurde, nannte man es "Jüdisches Kulturzentrum", und eineinhalb Jahre lang gab es mit Karin Weinger eine eigene Kulturmanagerin, die viele Veranstaltungen und Diskussionen organisierte. Danach wurde dieser Posten halbherzig neu ausgeschrieben, aber trotz vieler, auch qualifizierter Bewerber,

nie mehr neu besetzt. Ab diesem Zeitpunkt fanden nur mehr unregelmäßige und zufällig organisierte Veranstaltungen statt, in den letzten Jahren praktisch keine mehr.

Im Gegensatz zu zahlreichen anderen jüdischen Gemeinden in Europa widmet sich die IKG überhaupt nicht mehr der Kulturarbeit.

Die Kulturwochen und die in Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Museum organisierten Veranstaltungen sind Ausnahmen.

Nie zuvor wurde soviel über Judentum geschrieben und publiziert wie heute, nie zuvor gab es so viele Autoren, Schriftsteller, Dichter, Theologen, Judaisten und Historiker, die sich mit dem

Judentum seriös und intensiv auseinandergesetzt haben. An der IKG geht das aber anscheinend spurlos vorüber. Viele Fragen drängen sich auf.

- Warum wurde der (wenn auch umstrittene) deutsch-jüdische Historiker und Publizist (nicht Schriftsteller!) Michael Wolffsohn von der Österreichischen Gesellschaft für Literatur eingeladen und nicht von der Kultusgemeinde?
- Warum hielt Doron Rabinovici seinen Vortrag über den Prager jüdischen Schriftsteller Leo Perutz ebenfalls "nur" vor der Gesellschaft für Literatur und nicht im Gemeindezentrum?
- Warum sprach Michel Friedman, Mitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland, nur vor der ÖVP?
- Warum las der aus Preßburg stammende prominente israelische Lyriker und Übersetzer Tuvia Rübner, der Wien in den sechziger Jahren auch als Schaliach der zionistischen Bewegung kannte, vor dem Literarischen Quartier Alte Schmiede?
- Warum sprach Amos Oz im Renner Institut und im Literaturhaus und nicht im Rahmen eines von der IKG organisierten Abends?
- Warum las die israelische Autorin Batya Gur bei den Wiener Festwochen, nicht aber auch in einem jüdischen Rahmen?
- Warum sprach der prominente israelische Schriftsteller A. B. Yehoshua jüngst in Basel oder in Deutschland (u.a. mit Doron Rabinovici), ohne nach Wien eingeladen zu werden?
- Warum trat der Literaturprofessor an der Yale University und Project Director der Yale Video Archives for Holocaust Testi-

monies Geoffrey H. Hartman im Wiener Literaturhaus auf und nicht im Gemeindezentrum?

- Warum besucht die prominente amerikanische Historikerin und Spezialistin für Shoah und die Geschichte des Antisemitismus mit österreichischen Wurzeln Sybil Milton regelmäßig Österreich, ohne je zu einem Vortrag eingeladen zu werden? Ähnliches könnte man übrigens auch über die Besuche des gebürtigen Wieners Raul Hilberg sagen.
 - Warum wurden der aus Prag stammende amerikanische Literaturwissenschaftler Peter Demetz, der sich intensiv mit jüdischer Literatur befaßte, und der damalige Direktor des Instituts für deutsch-jüdische Geschichte in Tel Aviv Dan Diner während ihrer langen Wien-Aufenthalte nie eingeladen?
 - Warum besuchten und besuchen der israelische Literaturwissenschaftler Gershon Shaked und der amerikanische Schriftsteller Frederic Morton - beide gebürtige Wiener, die sich auch intensiv mit ihrer Geburtsstadt auseinandersetzten - wiederholt Wien, ohne eingeladen zu werden?
- Die Beispiele ließen sich fortsetzen. Doch die vielen Versäumnisse oder verlorenen Gelegenheiten werden deutlich. Die erwähnten Veranstaltungen werden meist auch nicht in der "Gemeinde" angekündigt.

Nachdem der Pachtvertrag der Literaturhandlung nicht verlängert wurde gehören auch die von Dr. Rachel Salamander organisierten Lesungen prominenter Autoren - z. B. Meir Shalev, Chaim Potok oder Barbara Honigmann -

der Vergangenheit an.

Das Jüdische Museum sieht mit der Ausnahme von Buchpräsentationen nach eigenen Aussagen seine Aufgabe primär nicht in der Organisation kontinuierlicher Veranstaltungen. Die ausgezeichneten Diskussionen rund um die Ausstellung "Der schejne Jid" entsprangen einer Einzelinitiative. Dennoch wird die fehlende Kulturarbeit der IKG mit dem Hinweis auf die zahlreichen Veranstaltungen im Museum verteidigt.

Die Jüdischen Kulturwochen im letzten Jahr standen unter dem Motto "150 Jahre IKG". Aber es gab, außer einem schlampig organisierten teuren Prestigeabend für den Präsidenten im Burgtheater, keine einzige Veranstaltung zu diesem Thema.

Das Manko der derzeitigen "Kulturarbeit", die sich auch nach den letzten Kultuswahlen nicht geändert hat, wird von vielen bedauert und kritisiert. Daß kein Interesse bestehe, oder daß zu anspruchsvolleren Veranstaltungen niemand kommen würde, hat als Ausrede ausgedient.

Ein Diskussionsprozeß ist bitter vonnöten. Es ist auch keine finanzielle Frage, denn die Stadt Wien wäre wohl, wie vergangene Beispiele zeigen, auch dafür ansprechbar.

Ein Gemeindemitglied
(Name der Redaktion bekannt)

Jüdische Identität und die Instrumentalisierung des Holocaust

Vor einigen Jahren hat Henryk Broder den Begriff des "Shoah business" geprägt und damit seine Kritik an der Vermarktung des Holocaust ausgedrückt. Nun ist ein renommierter amerikanischer Historiker der Frage nachgegangen, warum der Holocaust heute einen zentralen Stellenwert in der amerikanischen Kultur einnimmt. Das

Ergebnis seiner Auseinandersetzung ist jetzt in Buchform erschienen und hat in den USA für rege Diskussionen gesorgt. Peter Novick, Professor an der University of Chicago – sein Spezialgebiet sind Jewish studies, wirft provokante Fragen auf und nimmt die amerikanischen Juden in die Pflicht.

Why now, why here?

Die jüdische Identität sei in den USA zwischen 1945 und 1960 im Verschwinden begriffen gewesen. Die Juden in den USA hätten hauptsächlich das Ziel einer vollständigen Integration verfolgt. Amerikaner zu sein hatte oberste Priorität, schreibt Novick. Der Holocaust sei praktisch kein Thema gewesen.

Der Paradigmenwechsel begann seinen Untersuchungen nach mit dem Eichmann-Prozeß und der Serie Hannah Arendts über die "Banalität des Bösen" im New Yorker. Auch daß Israel bei dem Sechstagekrieg und dem Jom Kippur-Krieg weltpolitisch isoliert schien, löste bei den Juden Amerikas Bestürzung aus. Als Erklärung dafür diente – laut Novick – die schwindende Erinnerung an den Holocaust.

Zur gleichen Zeit begann auch die Diskussion über das Aussterben der jüdischen Identität, erstmals nicht durch Verfolgung, sondern als Folge der Integration der Juden in die amerikanische Gesellschaft, eines sinkenden religiösen Engagements und eines starken Anstiegs der Mischehen. Was sei also zu tun gewesen, um eine Stärkung der jüdischen Identität zu erreichen? Nirgendwo war die Aufsplitterung der Juden so groß wie in den USA. Die Religion konnte also nicht als Verbindung dienen, auch der Staat Israel kam nicht in Frage, da die Positionen zur israelischen Innenpolitik zu weit auseinanderklafften. Als einziger gemeinsamer Nenner der US-Juden kam also

nur der Holocaust in Frage, so Novicks Schluß. Um Hitler nicht einen posthumen Sieg zu gewähren, sei aber eine übersteigerte Holocaust-Erinnerung entstanden.

Der Holocaust wurde zu einem Ereignis mythischer Art, er begann sich von der Geschichte zu lösen. Holocaust-Gedenktage werden heute auch in US-Bundesstaaten begangen, in denen die jüdischen Gemeinden nicht übermäßig groß sind. In den vergangenen zehn Jahren sind mehr Berichte zum Thema Holocaust in amerikanischen Medien erschienen als in den 45 Jahren zuvor, ein Holocaust-Museum nach dem anderen wurde eröffnet, Holocaust-Lehrstühle sprangen aus dem Boden.

Eine Opferkultur in diesem Ausmaß bezeichnet Novick als unjüdisch, ja sogar als christlich. Den Pfaden durch diverse Holocaust-Museen zu folgen, vergleicht er mit Kreuzwegstationen. Dennoch ist das derzeit meistbesuchte Museum in den USA das Holocaust-Museum in Washington D.C.

Wie konnte es dazu kommen, daß der Holocaust einen derartigen Stellenwert auch im amerikanischen mainstream einnimmt? Als Antwort nennt Novick unter anderen die von Antisemiten als Vorwurf mißbrauchte Tatsache, daß in den USA Juden eine wichtige und einflußreiche Rolle in der Filmindustrie, im Fernsehen, in den Zeitungen und Zeitschriften und im akademischen Bereich einnehmen.

Der Holocaust wurde funktionalisiert und wird mittlerweile als Begriff – abgesehen von der Tagespolitik – sogar schon für den Zustand in Tierfabriken mißbraucht. Novick lehnt diese Instrumentalisierung kategorisch ab. Daß es zu solchen Auswüchsen kommen konnte, dafür sei auch das Verlangen der Gesellschaft nach der Erfüllung der spirituellen Bedürfnisse und vor allem unzweifelhaft auf der Seite des Guten stehen zu wollen verantwortlich.

Die Rolle der Erinnerung an schreckliche Ereignisse der Menschheitsgeschichte im Bewußtsein einer Gruppe sei sorgfältig zu überlegen und abzuwägen. "Es wäre ein noch größerer posthumer Sieg für Hitler, würden wir seine Definition von uns selbst als verachtete Pariahs stillschweigend gutheißen und den Holocaust zum herausragenden Ereignis jüdischer Geschichte machen", schreibt Novick mahndend.

Tenor der Rezensionen in amerikanischen Publikationen: lange überfällig, fesselnd, beunruhigend, aufwühlend, kontroversiell. Diesem Urteil kann man sich nur anschließen.

Rosa Grünwald

Peter Novick: The Holocaust in American Life. Houghton Mifflin, Boston/New York 1999, 373 Seiten

Für wie dumm hält man eigentlich die Mitglieder unserer Gemeinde?

Man kann es drehen wie man will, man kann noch so viele widersprüchliche und verwirrende Zahlenangaben in diversen Publikationen, Briefen, Interviews und privaten Einladungen machen, es bleibt

dabei: die Gebäudeverwaltung nimmt natürlich nicht - wie andauernd behauptet - über 60 Millionen jährlich ein, sondern lediglich circa 20 Millionen Schilling.

Macht braucht Kontrolle

Glauben die derzeitigen Machthaber wirklich, daß wir den Unterschied zwischen Bruttoeinnahmen und Gewinn nicht kennen? Wenn man nämlich die Personalkosten der Abteilung, Betriebs-Verwaltungskosten, Inserate, Abschreibung - und vor allem 13 Millionen Zinsen - als Aufwand abgezogen hat, dann bleiben lediglich 1,3 % vom angeblich 1,5 Milliarden-Wert der Immobilien.

Beratung nicht nötig?

Bei genauerer Betrachtung ist also die Performance wahrlich nicht so berauschend, daß man sich nicht endlich dazu entschließen sollte, unabhängige und international renommierte Fachfirmen - wie z. B. Richard Ellis oder Jones, Lang Wotton, gemeinsam mit Treuhänderfirmen wie KPMG oder Price Waterhouse - ein Bewirtschaftungskonzept erstellen zu lassen.

Macht braucht nämlich Kontrolle, und es wurde die Gebäudeverwaltung und technische Abteilung der Kultusgemeinde weder von der Kontrollkommission noch von einer unabhängigen Fachfirma je durchleuchtet.

Schwere Preisverhandlungen?

Da können schon einmal böse Gerüchte aufkommen. Ich zweifle

selbstverständlich keine Sekunde an der persönlichen Integrität der Vorsitzenden der Immobilien- und Technikkommission, aber zeugt es nicht von mangelnder Sensibilität, wenn ein Großauftrag für Sonnenschutzvorrichtungen von eben dieser Kommission an die Firma der Vorsitzenden vergeben wird? War die Differenz zum Zweitbieter denn wirklich so groß?

Logische Lösung?

Leider ist die Kultusgemeinde inzwischen ein Sanierungsfall. Da gehören schnellstens unabhängige und professionelle Berater her, die nicht vom täglichen, kleinlichen Hickhack beeinflusst werden.

Der Präsident sieht das anders.

In der Februarausgabe der Gemeinde schreibt er mit Bezug auf die Budgetanalyse 1999 bzw. 2000 "IN EIGENER SACHE", daß die geringe Mitgliederzahl es unmöglich macht, die Kosten der Kultusgemeinde zu erwirtschaften. Also werden - man glaubt es kaum - im Resümee drei zukünftige Vorgangsweisen abgeleitet:

1. Abdeckung der Defizite durch die öffentliche Hand oder (da wird sich die Regierung aber ärgern)
2. Auflösung der jüdischen Gemeinde in Wien oder
3. Zuwanderung von ca. 60.000 - 80.000 Juden (also verzehn-



fachen wir halt die derzeitigen Mitglieder).

Was anderes fällt den derzeitigen Machhabern scheinbar nicht ein.

Wie wär's denn mit a bisserl sparen?

Muß denn wirklich andauernd umgebaut werden? Oder wie wäre es mit einem Verzicht auf Prestigeprojekte und Prestigeveranstaltungen? Oder wären etwa gar weniger Verwaltungsbeamte denkbar? Oder, um einen ganz revolutionären Gedanken ins Spiel zu bringen, wäre es vielleicht auch möglich, das selbsterstellte Budget ernstzunehmen?

Macht braucht Kontrolle - zum Schutz der Mitglieder, aber letztlich auch zum Schutz des Präsidenten und seiner Funktionäre.

Erwin Javor

Großzügiger Auftrag:

Im Protokoll der Kommission für Immobilienangelegenheiten zur Sitzung des Kultusvorstandes am 4. April 2000 findet sich Folgendes: "1010, Seitenstettengasse 4, Schließanlage für das Amtshaus. Im Vertreterkollegium wurde beschlossen, daß im

Haus eine neue Schließanlage installiert werden soll. Es wurden drei Offerte eingeholt und die Arbeiten an den Bestbieter, die Fa. MUL-T-LOCK, vergeben. Wir ersuchen um nachträgliche Genehmigung".

Ohne Ausschreibung, ohne Beschluß

Der Bericht/Antrag ist kurz. Vielleicht zu kurz, denn dahinter verbirgt sich einiges:

Die jetzt erneuerte Schließanlage war erst eineinhalb Jahre alt. Zwei verlorene Schlüssel waren Grund genug 168 (!) Schlösser plus der hunderten dazugehörigen Schlüssel zu erneuern. Geschätzte Gesamtkosten: über S 200.000,-. Die Ausgabe wurde sofort getätigt, die statutenmäßige Beschlußfassung durch den Kultusvorstand konnte wegen "Gefahr im Verzug" nicht abgewartet werden.

Die Involvierung der Fa. MUL-T-LOCK überraschte Insider nicht weiter. Diese war bereits 1998 mit dem Einbau von neuen Schlössern in sämtliche Türen aller IKG-Häuser beauftragt worden. Kein "Haustor-, Hof-, Kellertür-, Lichthoftür-, Gartentür-, Liftraumtür-, Fahrradabstellraum-, Waschküchentür-, Rauchfangkehrerdachausstieg-, Dachbodentürschloß,

etc." wurde vernachlässigt (so das Protokoll).

Besonders ausgeklügelt: Der Auftrag wurde auf viele, kleine Fakturen verteilt und konnte daher "bis zu einem Betrag von öS 15.000,- von der Gebäudeverwaltung ohne bezughabende Beschlüsse vergeben werden". Auf gut Deutsch: ohne Ausschreibung, ohne Beschluß des Kultusvorstandes.

Eine Anfrage der IKG-Kontrollkommission stoppte die Schlüsselaktion. Bis dahin für die IKG entstandene Kosten: S 371.415,-. Die gesamte Auftragssumme war noch bedeutend höher, da die jeweiligen Mieter in den IKG-Häusern gezwungen waren, zusätzliche Schlüssel für die "Hochsicherheitsschließanlage" um S 320,- je Stück zu erwerben.

Das Pünktchen auf dem i: Ein damaliger Teilhaber bzw. Mitarbeiter der Fa. MUL-T-LOCK soll

ein Kultusvorsteher der ATID-Fraktion gewesen sein. Eine Überprüfung der Gebarungen der Immobilienabteilung durch die Kontrollkommission zur Klärung des Sachverhalts war bisher nicht möglich.

Präsident Muzicant versicherte in der Sitzung vom 4. April 2000, daß der seiner Fraktion angehörige Kultusvorsteher jetzt nicht mehr an der Fa. MUL-T-LOCK beteiligt, bzw. für diese tätig sei.

Dilettanten und Rischesmacher

Werte Freunde! Es war mir eine Erleichterung, Euer "NU" zu lesen. Obwohl nur am Rande der IKG, stößt mir einiges schon seit längerem auf. Vieles davon habt ihr angerissen. Der neue Präsident, langjähriger Schattenpräsident, hat offenbar den Ehrgeiz sich zum IKG-Ober-

dilettanten und nebenbei Rischesmacher zu entwickeln. Schade Was die übrigen Kulturräte machen, ist mir nicht bekannt. Schöne Grüße,

Otto Ascher

Nagel auf den Kopf getroffen

Sehr geehrte Redaktion!
Mit großem Interesse habe ich Eure 1. (O.) Ausgabe von "NU" gelesen. Endlich haben sich einige (ich weiß nicht, wer) zusammengefunden, um das zu publizieren, was in der Gemeinde wieder vertuscht wird und nie an die Öffentlichkeit gelangt.

Obwohl ich einiges wußte, muß ich zugeben, daß mich die Zahlen doch sehr überrascht haben. Jeder einzelne Artikel trifft den Nagel auf den Kopf. Hier wurde wirklich mit Steuergeldern und anderen Einnahmen grob fahrlässig, wenn nicht gar betrügerisch, gehandelt.

Die Kultusgemeinde, die sich als "Service-Stelle" für ihre Mitglieder sieht, hat es innerhalb von zwei (!) Jahren nicht zustande gebracht, ein koscheres Restaurant in Wien wiederzueröffnen. Wie

gesagt, nach weiteren Ausgaben (Investitionen kann man das wohl nicht nennen) von fast 5,5 Millionen Schilling tagt die "bewährte" Kommission wieder.

Nur, was kann man erwarten, wenn die Entscheidungen, die die gesamte jüdische Bevölkerung Wiens betreffen, in den Händen von einer ganz kleinen Schar (XY, XY*) liegen?

Ich würde mich sehr freuen, wenn ich erfahren könnte, wer hinter dem Namen "NU" steckt.

Judith S. Weinmann

*Anm. d. Red.: Namen von der Redaktion entfernt

Die Redaktion hat mehrere Leserbriefe erhalten, deren Inhalt von den Betroffenen unter Umständen als beleidigend bzw. rufschädigend angesehen werden könnte.

Die Redaktion von NU hatte beschlossen eine kritische Auseinandersetzung mit der IKG und deren Führung zuzulassen, weil sie eine solche für wichtig und konstruktiv hält.

Wir wollen jedoch nicht zu Streitigkeiten in unserer Gemeinde beitragen und verzichten daher auf die Veröffentlichung der genannten Leserbriefe.



Impressum:

Herausgeber und Medieninhaber:
Arbeitsgemeinschaft
jüdisches Forum
1011 Wien, Postfach 1479
Grafikdesign: Badian
Druck: Druckerei Schmitz
1200 Wien, Leystraße 43,
Zulassungsnummer: GZ 00Z000286U
P.b.b. Verlagspostamt 1010 Wien